

OPU Wochenspiegel

Editorial



Sehr geehrte User unserer Website, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Aus der Geschichte zu lernen, empfehle ich Österreichs Schulpolitik. Sie hat sich nämlich in eine Situation manövriert, die mich an Hainburg erinnert.

Die Jungen unter uns, denen „Hainburg“ kein Begriff mehr ist, der Erinnerungen an den zivilen Ungehorsam wach- und Bilder des beherzten Widerstands vor Augen ruft, bitte ich um einen Blick in den entsprechenden Wikipedia-Eintrag, da an dieser Stelle kein Platz für einen historischen Exkurs vorhanden ist.¹

Der Weg, der Österreichs Schulpolitik in Opposition zu den von ihr Betroffenen geführt hat, war lang und von Abgehobenheit und Rücksichtslosigkeit geprägt. Sonst hätten zwei Jahrzehnte, in denen eine „heilsbringende“ Reform die andere jagte, nicht dazu geführt, dass meiner Einschätzung nach mindestens 80 Prozent der LehrerInnen heute den Zustand der Schule vor zwanzig Jahren statt des heutigen wählen würden, könnten sie denn wählen, ohne Vergangenes erklären zu wollen.

- Gibt es ein vernichtenderes Zeugnis für eine Politik als das Urteil der betroffenen Fachleute, dass in Summe Schaden angerichtet wurde?
- Gibt es einen blamableren Offenbarungseid, als dass die Schulpolitik den Betroffenen über ein „Autonomiepaket“ das Mitwirkungsrecht entziehen will, um von oben auf ihre Schule zugreifen und sie nach Belieben (um)gestalten zu können?
- Gibt es einen ungeschickter getarnten Versuch, der AHS-Langform den Garaus zu machen, als die Schulen nach Belieben gegen den Willen der Betroffenen „clustern“ zu können?

Die Besetzung der Hainburger Au im Dezember 1984 war „sowohl von umweltpolitisch als auch von demokratiepolitischer Bedeutung für Österreich“.² Die einjährige Nachdenkpause, die sich die österreichische Bundesregierung am 4. Jänner 1985 verordnete, brachte nicht nur den sofortigen Stopp eines Konflikts, der kurz vor der

völligen Eskalation stand, sondern in Folge auch ein umweltpolitisches Umdenken, von dem Österreich profitierte und noch heute profitiert.

Ich hoffe, Österreichs Schulpolitik hat genug Fingerspitzengefühl und Verantwortungsbewusstsein, die Eskalation zu vermeiden und sich aus der Enge, in die sie sich manövriert hat, durch Reflexion zu befreien. Statt die Rechte der Betroffenen abzuschaffen, möge die Schulpolitik Mut zur Selbstkritik beweisen.

Kettensägen sind kein taugliches Mittel, den von einer Schulpolitik der Arroganz angerichteten Schaden zu beheben. Österreichs Schule braucht sozialpartnerschaftlichen Dialog, Wertschätzung für LehrerInnen, SchülerInnen und deren Eltern und endlich wieder die Ressourcen, die der Schule über all die Reformen der letzten zwanzig Jahre entzogen wurden. Für die Verwendung dieser Ressourcen gibt es an jeder Schule mehr als genug Bedarf und schulautonome Kompetenz, sie für das Gelingen von Schule sinnvoll einzusetzen.

Eine Nachdenkpause, die auch wirklich zum Nach- und Umdenken genutzt wurde, folgte auf den 4. Jänner 1985. Eine sinnvoll genutzte Nachdenkpause ist Österreichs Schulpolitik heute dringend zu empfehlen.



Mit herzlichen Grüßen

Mag. Gerhard Riegler
Vorsitzender der ÖPU

¹ Siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Besetzung_der_Hainburger_Au.
² Ibidem.

Die Woche im Medienspiegel der

Was BM Hammerschmid als „Autonomie“ verkaufen möchte:

„In den Plänen zum Autonomiepaket im Zuge der Bildungsreform ist unter anderem vorgesehen, dass die Schulpartner in pädagogischen Fragen wie der Gruppengröße oder der Festlegung von Aufnahmekriterien (an höheren Schulen) ihre Mitentscheidungsrechte verlieren.“

ORF online am 29. Jänner 2017

Massive Bedrohung durch Verordnung von „Schulclustern“:

„Als Höhepunkt könnten dann im Zuge dieser Schulcluster auch die Schulformen geändert werden – AHS-Unterstufen könnten relativ leicht zu Neuen Mittelschulen mutieren. Auf der Strecke bleibt die Leistungsorientierung; sie gehört gesteigert, darin sind sich alle ‚echten Experten, und das sind die Lehrer‘, einig. Das wäre auch der wichtigste Beitrag zur Sicherung des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Österreich.“

Mag. Dr. Rainer Gögele, Bundesvorsitzender von „Pro Gymnasium“, www.progymnasium.at am 19. November 2016

Zentralismus als „Autonomie“ getarnt:

„Die Wünsche sind noch sehr unterschiedlich und eine wirkliche Abstimmung hat noch nicht stattgefunden.‘ Außerdem spreche man häufig von Autonomie, meint aber Zentralismus.“

HR Fritz Enzenhofer, LSR-Präsident Oberösterreichs, Neues Volksblatt online am 11. Jänner 2017

„Ideologiegeleitete Schulpolitik der Bevormundung“:

„Schülern, Eltern und Lehrern vor Ort fundamentale Mitwirkungsrechte entziehen zu wollen, um eine ideologiegeleitete Schulpolitik der Bevormundung durchzusetzen, ist für uns inakzeptabel. Die Schulpartner auf Bundesebene, der B-SGA, weisen eine Schulpolitik über die Köpfe der Betroffenen hinweg mit Entschiedenheit zurück.“

Presseaussendung des B-SGA vom 2. Dezember 2016

Politik auf Kosten der Schulqualität beenden!

„Wir wissen, worum es wirklich geht. Wir können gemeinsam mit Lehrern und Schülern vor Ort besser entscheiden, was unsere Kinder tatsächlich brauchen. Wir wollen die Voraussetzungen für unsere Kinder verbessern.“

Gernot Schreyer, Akad. FDL, Präsident des Bundesverbandes der Elternvereine an mittleren und höheren Schulen, Die Presse online am 7. Jänner 2017

Die falsche Lösung:

„Plato hatte die Idee, alle Kinder Athens in Waisenhäuser zu stecken, damit alle die gleichen Chancen haben. Das ist aber freilich die falsche Lösung. Die tiefe Liebe der Eltern kann man durch nichts ersetzen. Man kann ihnen nur helfen, sie zu ergänzen.“

Univ.-Prof. Dr. James Heckman, Nobelpreisträger des Jahres 2000 für Wirtschaftswissenschaften, Der Standard online am 17. Jänner 2017

Diese und viele weitere Zitate auf www.oepu.at